

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Estenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

№ 16

Donnerstag, den 6. Februar 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

§. 3. 66. Nachstehend bringe ich erläuternde Bestimmungen zu der Anordnung über Ausführung von Transporten zur allgemeinen Kenntnis.

Rüdesheim a. Rh., den 4. Februar 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Im Interesse der Industriellen und Kaufleute des Rheingaukreises und zur Vermeidung von Verzögerungen und nachteiligen Verzögerungen bei Anträgen auf Genehmigung von Transporten hält es das Lebensmittelamt (Office Général du Ravitaillement) für zweckdienlich, einige ergänzende Ausführungen mit Bezug auf die in den Zeitungen vom 28. Januar durch die Eisenbahndirektion herausgegebene Bekanntmachung zu verbreiten.

Das Lebensmittelamt wurde gegründet, um den deutschen lokalen Behörden die Möglichkeit zu geben, die Leitung der Lebensmittelversorgung sowie wirtschaftlicher Angelegenheiten, welche bisher in Händen Berliner und Frankfurter Organe lagen, endgültig zu übernehmen. Die Sektion III insbesondere bildet durch ihre großen Verbände (Handelskammern-Syndikate, oder Handelsvereinigungen) das ausführende Glied der wirtschaftlichen Sektion von Mainz; unter der Aufsicht des Lieutenant-Colonel Administrateur du District stehend, ist sie daher ein notwendiges Bindeglied zwischen Industriellen und Kaufleuten des Rheingaukreises und dieser wirtschaftlichen Sektion.

Was die Transporte betrifft, so besteht ihre Aufgabe darin, die Anträge zu sammeln, sie auf formelle Richtigkeit zu prüfen und der zuständigen Behörde vorzulegen. Es ist leicht begreiflich, daß vereinzelte Anträge, welche nicht durch ein zur Befähigung der Wirtschaft befugtes Organ vorgelegt würden, keine Aussicht haben, in Erwägung gezogen zu werden.

Infolgedessen ist es angebracht, sich ab 3. Februar genauestens an nachfolgende Bestimmungen zu halten, welche von dem Lieutenant-Colonel Administrateur du District gutgeheissen wurden.

1. Die Industriellen und Kaufleute, welche eine Transportgenehmigung beantragen, haben sich nicht mehr an den Ortskommandanten sondern an ihren Kreisverwalter zu wenden.

2. Der Kreisverwalter würdigt die Begründung des Antrages und spricht sich aus darüber, inwieweit derselbe angebracht ist und Interesse verdient. Er händigt dem Interessenten die Genehmigung zur Abwendung des Antrages aus.

Die durch den Kreisverwalter nicht genehmigten Anträge werden seitens des Lieutenant-Colonel Administrateur du District nicht in Erwägung gezogen werden.

3. Die Anträge werden dann durch Vermittlung des D. G. R., welches genau prüft, ob die Bedingungen hinsichtlich der Form erfüllt sind, dem Lieutenant-Colonel Administrateur du District überreicht, der sie unmittelbar der wirtschaftlichen Sektion der Armee vorlegt.

Die müssen in 4 Exemplaren ausgefertigt sein und die nachstehenden Angaben enthalten:

1. Name des Absenders,
2. Bezeichnung der Ware,
3. Anzahl der Kolli und ungefähres Gewicht,
4. Versandbahnhof,
5. Bestimmungsbahnhof,
6. Entscheidung der Sektion oder auszufüllen durch die Wirtschaftskommission oder des Comités (genehmigt oder abgelehnt),
7. Datum dieser Entscheidung,
8. Registernummer dieser Entscheidung.

Außerdem müssen die Anträge, welche die Genehmigung nach dem unbedingten Deutschland auszuführen, zum Zweck haben, die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß die in Aussicht genommene Ausfuhr den Lagerbestand vom 15. Januar 1919 intakt läßt.

Betr.: Abgabe der Umsatzsteuererklärung.

Da trotz wiederholter Aufforderung die Mehrzahl der Umsatzsteuerpflichtigen mit der Abgabe der Umsatzsteuererklärung noch im Rückstand ist, wird der Termin zur Abgabe der Erklärung mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse bis zum 15. Febr. 1919 verlängert. Wir machen jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß dieser Termin endgültig ist. Die Steuerpflichtigen, welche ihre Erklärung nach dem 15. Februar 1919 hier einreichen, werden eine Zuschlag von 10% der erhobenen Steuer auferlegt werden.

Rüdesheim a. Rh., den 1. Februar 1919.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.
Umsatzsteueramt.

Die Puppen des einbindigen und bekrenzten Traubenwicklers (Heu- und Sauerwurm),

Coniitis ambigua und Polyphaga botrana, befinden sich zur Zeit noch in der Winterruhe. Von ihnen stammen alle Wämer ab, welche im Frühjahr die Gesehne und im Sommer und Herbst die Trauben zerstören. Wer diesen Schäden vorbeugen will, muß die Puppen jetzt beim Schnitt der Reben vernichten. Sie sind braun gefärbt und liegen in einem Gespinne in den eingetrockneten Reben, unter der alten Rinde, in den Knospen der Schenkel, in den Nissen und Spalten der Pfähle und in den Stroh- und Weidenbündeln. Zu ihrer Vernichtung sind die Schenkel gründlich abzuhacken, die Knospen zu entfernen und die Rebenbündel mit einem Trichter auszusuchen und zu verschmieren. Das beim Schnitt entstehende Abfallholz sowie die Stroh- und Weidenbündel sind zu sammeln und zu verbrennen. Die Puppen an den Pfählen sind aufzufinden und zu zerdrücken. Kennanlagen sollen tunlichst nur aus Weid- und Eichen hergestellt werden.

Ich ersuche die Wämer dringend, die genannten Arbeiten auf sorgfältigste auszuführen, weil dadurch der Hauptfeind des Weinbaus auf die einfachste Weise unschädlich gemacht werden kann.

Rüdesheim a. Rh., den 28. Januar 1919.

Der Landrat.

Mit Rücksicht darauf, daß in einer Anzahl von Kommunalverbänden die Kartoffelversorgung nur noch für wenige Wochen gesichert ist und die Ablieferung aus wichtigen Lieferbezirken trotz der von der Reichsartoffelstelle zur Verstärkung der Lieferungen getroffenen Maßnahmen noch wie vor über Erwarten geringe sind, hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamtes angeordnet, daß vom 3. Februar ab

1. die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten von 7 auf 8 Pfund;
2. die tägliche Kartoffelration der Selbstverfolger von 1 1/2 auf 1 Pfund herabgesetzt wird.

Als Ersatz für den der versorgungsberechtigten Bevölkerung entzogenen Anteil ist eine Erhöhung der Fleischration angeordnet worden, über deren Umfang seitens der Reichsartoffelstelle noch nähere Mitteilung gemacht werden wird.

Rüdesheim a. Rh., den 30. Januar 1919.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.
Alberti.

Erinnerung.

Die Magistrats- und Herren Bürgermeister des Kreises, die mit der Erledigung der Verfügung vom 29. Dez. v. Jrs. — bekanntgegeben durch die öffentlichen Blätter — betr. Vorbereitung der Gewerbesteuerveranlagung für 1919 noch im Rückstande sind, werden hiermit an die Erledigung erinnert.

Geblanzelge erforderlich.

Rüdesheim a. Rh., den 30. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses der Gewerbesteuer III und IV.
J. B. Schulte.

§ 126. Zur Bekämpfung der Ungezieferplage ist neuerdings das Blausäureverfahren in Aufnahme gekommen. Das Verfahren ist anderen Verfahren wie dem Salpötre- und Schwefelsäureverfahren überlegen. Es ist aber, wie einige Unfälle zeigen, nicht ungefährlich und nur in der Hand damit durchaus vertrauter Bediensteter und unter peinlicher Beachtung bestimmter Vorsichtsmaßnahmen anwendbar.

Da zur Zeit noch nicht genügend mit dem Blausäureverfahren vertraute Bediensteten zur Verfügung stehen, muß einstweilen vor seiner Anwendung gewarnt werden.

Rüdesheim a. Rh., den 28. Januar 1919.

Der Landrat.

Vor dem Ruin.

Den politischen Lärm, der das deutsche Volk erfüllt hat, sehen wir in handgreiflichen Erscheinungen Tag für Tag vor Augen. Überdies verhängnisvoll sind die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen, die uns täglich mit wirtschaftlichen Katastrophen überfallen. Die politische Entartung unseres öffentlichen Lebens hat in der Saubere nach drei Seiten hin die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen hervorgerufen: Die stetig wachsende, häufig sprunghaft auftretende Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts, die daraus wieder resultierenden hohen Lohnforderungen, welche vielfach eine für den Unternehmer unhaltbare Höhe erreichen, und schließlich die Minderleistung an Arbeit.

Das Deutschland vor dem Kriege, in dem jeder Tag von dem strengen und nüchternen Rhythmus pflanzlicher Arbeit erfüllt war, das Deutschland während des Krieges, in dem jeder Nerv und jede Muskulatur bis zur äußersten Leistung ausgefordert war, beide sind nicht mehr. Das heutige Reich steht in äußerster Not, das sich Luft schafft in politisch-wirtschaftlichen Phantasien, in Arbeitslosen und an vielen Orten in Demonstrationen aller Art. Geist und Gemütskraft sollte die Revolution erneuern, sie konnte es nur, wenn das gesamte Volk den rechten Geist und die allein zu treffende Auffassung von der Freiheit bekam, wenn es Gemeingut der Nation war, daß Freiheit nur ein anderer Ausdruck ist für persönliches Verantwortlichkeitsgefühl. Mit ihm hätte sich Geist und Gemütskraft erneuern lassen, wenn auch diese Probe auf volle politische Reife in eine Zeit fiel, die an den einzelnen die schwersten Forderungen stellte. Körperlich ruiniert oder doch sehr geschwächt, seelisch niedergedrückt durch das tausendfache bittere Leid des endlosen Krieges, umgeben von Hunger und Seuchen, war mit der Neuordnung und ihren höheren Forderungen unser Volk vor eine Kraftprobe gestellt, die es zum großen Teil nicht bestehen konnte, weil die Hemmnisse zu gewaltig waren. Und doch bleibt es allein Geist und Gemütskraft für Ordnung, die von nun an den Zusammenhalt und die Kraft des Organismus verbürgen, sie zu erringen ist jetzt die heiligste Aufgabe aller, bleibt die große Zukunftsaufgabe.

Im Wirtschaftsleben ist von diesem Stand der Dinge an die gemeinsamen Interessen noch nichts zu hören. Der ganze Berliner Spektakel, die wüsten Tollheiten der Spartakisten und ihres Anhangs, die unser industrielles Leben vernichtenden Riesenstreiks zeigen, daß der neue Geist noch nicht so viel Klärung gefunden hat, ausbauend zu wirken. Woher diese Erscheinung? Die für viele unerwünschte Preissteigerung des Lebensunterhalts treibt zu hohen Lohnforderungen. Ueberall erhöhen sich damit wieder die Geschlechtskosten, die dann erneut die Warenpreise in die Höhe schrauben. Die Preise treiben wieder die Löhne, und die Lohnhöhen die Preise. So geht's, von der Urproduktion angefangen bis in alle Verzweigungen des Wirtschaftslebens hinein. Die Geldentwertung muß durch solche

unglückseligen Verhältnisse stetig zunehmen und damit wird die Schwierigkeit der Beschaffung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus dem Ausland immer größer. In diesem unheilvollen wirtschaftlichen Wirbel drohen wir allmählich zu ertrinken, wenn es uns nicht gelingt, den Abbau der hohen Preise des Lebensunterhalts zu erreichen. Der Druck von innen wird durch den Druck von außen verstärkt. Es ist kein Ende abzusehen. Täglich nimmt dabei die freiwillige und die zum großen Teil durch die Streiks mittelbar und unmittelbar erzeugte Arbeitslosigkeit zu. Die Arbeitslosigkeit aber ist der Herd politischer Störungen, die wieder auf das Wirtschaftsleben lähmend zurückwirken. Alle Maßnahmen der Regierung und der Gewerkschaften sind vergeblich.

Was nützen dem beschäftigten Arbeiter höhere Löhne, wenn sie wieder von der Steigerung der Lebensmittel, des gesamten Lebensunterhalts spurlos verschluckt werden. Die Höhe des Lohnes, wie jedes Arbeitsertrages, ist unbedingt mit dem allgemeinen Volkswohlstand verknüpft. Auch der Lohn des Arbeiters ist kein Ding für sich. Unternehmer und Arbeiter sind keine toten Figuren im großen Rechenbuch der Volkswirtschaft, sondern lebendige Kräfte, die in natürlicher Wechselverbindung stehen. Dieser volkswirtschaftliche Zusammenhang besteht und läßt sich nicht willkürlich unterbrechen. Verdient der Unternehmer, geht es ihm gut, so wird auch der Arbeiter an dem Wachsen des Geschäfts seinen Vorteil finden und ihn zu wahren wissen. Wankt aber, wie es heute laufend der Fall ist, das Unternehmen, ist die Verdienstmöglichkeit bei dem tief gesunkenen Volkswohlstand sehr eingeschränkt, so läßt sich bei solchen Verbedingungen eine Lohnsteigerung nur vorübergehend erzielen, auf die Dauer läßt sich jedoch der Arbeitslohn nicht willkürlich und einseitig regulieren. Die Erschöpfung der Quelle muß eintreten und zwar um so rascher, je schwächer sie ruht. Diese Gefahr aber droht heute, weil viele Betriebe unrentabel geworden sind und das Kapital sich zurückzieht oder sich doch sehr vorsichtig hält. Durch alle diese, hier herangezogenen Verhältnisse ist im Rechenbuch des Volkswirtschafts eine Minuswirtschaft eingetreten, deren Folgen zum unvermeidlichen Ruin führen, wenn uns nicht in letzter Stunde Rettung naht.

Der Völkerbund.

Der Entwurf der Verbandsmächte.

Die Delegierten des Völkerbundes der alliierten Länder haben einstimmig einen gemeinsamen Organisationsentwurf angenommen, der durch Leon Bourgeois, Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Oberst House für Präsident Wilson überreicht worden ist. Der Entwurf lautet:

1. Die Versammlung fordert die Bildung eines Bundes der freien Völker, die sich vereinigen haben aus dem gleichen Abscheu über die Verbrechen, die die Autokratien während vierzig Jahre in der Welt entfesselt, und die entschlossen sind, nicht zu dulden, daß der Krieg von neuem die Menschheit bedrohe, und endlich gewünscht sind, sich zu verständigen und zu organisieren.

2. um alle sich etwa unter ihnen ergebenden Streitfälle dem Mittel einer friedlichen Regelung zu unterziehen,

3. um jeden Versuch irgend einer der Staaten, durch kriegerisches Vorgehen den Weltfrieden zu stören, zu verhindern und mit allen Mitteln zu kämpfen,

4. um einen internationalen Gerichtshof einzusetzen, der alle Streitigkeiten zu regeln und die Ausführung der Urteile durch alle oecumenischen internationalen Mächte diplomatischer, wirtschaftlicher, rechtlicher oder im Bedarfsfälle militärischer Art zu verbürgen hat,

5. um einen internationalen Vertreter rat einzusetzen, der für die Entwertung der internationalen Gesetzgebung sorgen und in Angelegenheiten von allgemeinem Interesse ein gemeinsames Vorgehen bewirken soll. Der Vertreterrat wird über die Wahrung der Freiheit der Nationen und die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung wachen. Mit der Vermittlung der nicht zivilisierten Völker betraut, wird er sich der Ausführung und nötigenfalls der für den Schutz und den Fortschritt erforderlichen internationalen Intervention widmen. Ein ständiger Versöhnungsausschuß wird sich mit allen Streitigkeiten zwischen den assoziierten Mächten befassen und vorerst als Vermittler auftreten, im Bedarfsfälle aber Streitigkeiten je nach ihrer Natur entweder dem Schiedsgericht oder dem Gerichtshof vorlegen. Er wird mit allen Untersuchungen beauftragt werden und die Strafen und Bedingungen feststellen, die er für nützlich hält. Im Falle der Geforsamungsverweigerung gegenüber einem Schiedspruch oder einer eigenen Entscheidung wird der Ausschuss dem Vertreterrat der assoziierten Regierungen die Annahme einer gewissen Frist vorschlagen. Diese wird obligatorisch im Falle eines Angriffs,

6. um die Nationen jeder Nation und die Herstellung von Kriegsmaterial und Munition entsprechend den Bedürfnissen des Völkerbundes zu begrenzen und zu überwachen.

7. um sich des Gebrauches von Geheimber-
trägen zu entsagen,
8. um in den Völkerverbund alle Gleichberechtigten
als Mitglieder aufzunehmen, die imstande sind, wirksame
Bürgschaften ihrer ehelichen Absichten zu geben, um die
Abmachungen einzuhalten.

Zur Friedenskonferenz

Die zur Vorbereitung der Friedenskonferenz ver-
sammelten Vertreter der Alliierten widmen auch der
Arbeitsfrage große Beachtung. Auf deutscher
Seite haben bereits Ende vorigen Jahres im Reichs-
arbeitsamt eingehende Beratungen über die für einen
Wettbewerbsvertrag vorgeschlagenen sozialen Programmpunkte
stattgefunden. Hieran waren Sachverständige aus
den Kreisen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, so-
wie bekannte Sozialreformer beteiligt. Das Ergebnis
der Beratungen bilden 27 Grundsätze, die jetzt die „Deutsche
Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht. Sie betreffen
Arbeitslosigkeit, Koalitionsrecht, Arbeitsbedingungen, Ar-
beitsvermittlung, Sozialversicherung, Arbeitsruhe, Ar-
beitsaufsicht und internationale Einrichtungen. Es wird
festgelegt, daß sich die deutsche Regierung an diese Ver-
träge mit der besten allseitigen Annahme gebunden er-
achten würde. Das gilt namentlich auch für die in Aus-
sicht genommene grundsätzliche Aufhebung von Ein-
seitigen Arbeitsverträgen, da ein derartiges Zustandekommen aus
nahellegenden Gründen nicht von einem Einzelstaat al-
lein gemacht werden kann.

Die Nationalversammlung.

Weimar.

Über die Eröffnung der Deutschen Natio-
nalversammlung schreibt der „Vorwärts“ am
Montag Abend: Die Deutsche Nationalversammlung tritt
am Donnerstag, 1. März, zusammen. Sie wird
von Ebert mit einer Ansprache eröffnet werden. Von
da ab ist sie Herr ihrer eigenen Geschicke. Ein Alters-
präsident wird den Vorsitz übernehmen und ein vorläufiges
Büro bestimmen. Inzwischen dürfte auch schon
aus den Fraktionen ein Vorkomitee ausgeschieden sein,
das in Verbindung mit dem vorläufigen Präsidium die
Tagesordnung bestimmen wird. Jedenfalls wird zu-
nächst zur Wahl des endgültigen Büros geschritten wer-
den und dann dürfte die Regierung zu ihrem Rechenschafts-
bericht das Wort nehmen, den Scheidemann er-
statten wird. Die erste große politische Aussprache dürfte
am Samstag oder am Anfang nächster Woche beginnen.
Die Mitglieder der Regierung sind bereits nach Weimar
abgereist, wo am Dienstag auch schon die erste sozial-
demokratische Fraktionsversammlung stattfinden wird.

„Starke“ Truppen?

Die Stärke der Truppen wird eigenartig beleuchtet
durch folgende Meldung aus Jena: Berliner Militär,
das zum Schutz der Nationalversammlung in Weimar
eintrifft, wurde von weimarischen Militär
entwaffnet. Der „Konflikt“ ist, wie es heißt,
vorläufig beigelegt.

Destruktive Tendenzen.

Die für Samstag vorgesehene Ausfahrt der aus 16
Schiffen bestehenden ersten Staffel der deutschen Le-
bensmittelsschiffe ist nach einer Meldung aus
Hamburg nicht erfolgt, und es besteht auch noch keine
Gewissheit, wann das geschehen wird. Trotzdem am
vergangenen Mittwoch zwischen den Reedern und den
seemannischen Berufsorganisationen eine Einigung über
den Dienst und über die Dauer der Ausfahrt zustande
kam, hat sich der internationale Seemannsbund diesen
Beschlüssen ihrer offiziellen Vertreter nicht gefügt und
stellt neue, viel weiter gehende Forde-
rungen für die Schiffsbemannungen, die vom Gen-
eralverband Deutscher Reeder nicht zugestanden wurden.
Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat hat zu-
gunsten des Seemannsbundes entschieden. Zu den
Forderungen der Seeleute gehört u. a. die
Einrichtung eines Schiffsrates, in dessen Händen die
Disziplinar- und Disziplinargewalt an Bord liegen soll. Hierdurch ent-
steht die schwerwiegende Frage, ob der Verband dieses
Mischgremiums an Bord anerkennt, oder ob er die Schiffe
unter eigener Besatzung fahren lassen wird.

So ist also das hungernde deutsche Volk in die
Hände von unläuterer Elemente gelegt, die mit Er-
pressern auf die gleiche Stufe gestellt werden können.
Die Folgen der Forderungen der bolschewistisch ver-
fälschten Seeleute sind gar nicht abzusehen. Es liegt auf
der Hand, daß der Verband das Mischgremium nicht an-
erkennt; er hat ganz unzweideutig erklärt, daß er rus-
sische Manieren nicht duldet.

Dem Anscheine nach werden die Seeleute von ihren
Forderungen nicht abgehen, was kümmert sie es, daß
das Volk hungert? Für sie ist viel wichtiger, daß die
„Errungenschaften der Revolution gesichert“ bleiben!

Die Lebensmittel-Versorgung.

Ohne Arbeit keine Lebensmittel.

Wie die Weimarer Volkskommission berichtet, ließ
das Oberkommando der Alliierten in Spa eine Note
überreichen, in der im Zusammenhang mit der Le-
bensmittelversorgung Deutschlands verschiedene Angaben
finanzieller Art von der deutschen Regierung verlangt
werden. So soll der Kassenbestand der deutschen Reichs-
bank und ihre Bestände an Auslandswährungen und Wert-
papieren angegeben werden, die von neutralen Mächten
kommandiert werden können. Daran anschließend soll
eine Aufstellung der Vorräte aller Art gegeben wer-
den, die in Deutschland für die sofortige Ausfuhr
in Betracht kommen. Die Billigung der alliierten Re-
gierungen, bereitzustellen. Die Note betont, daß alle
technischen Aufstellungen über diese Punkte möglichst
schnell mitgeteilt werden müßten, damit die alliierten
Regierungen und Vereinigten Staaten dem deutschen Er-
suchen um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen
nachkommen könnten.

Es ist das erste Mal, daß die Alliierten in
einem offiziellen Schriftstück von der Versorgung
Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie
von der deutschen Ausfuhr sprechen. Mit anderen Wor-
ten, es gewinnt den Anschein, als ob der Verband dem
Gedanken der Aufhebung der Blockade allmählich doch
näherzukehren will. Die Note beweist aber zugleich, daß
der Verband für Werte, die er uns liefern will, unbe-

dingte Sicherheit verlangt, d. h. er will die Zahlung
nicht in Reichsmark, sondern in Werten, die wir nur
durch Arbeit erzeugen können. Was wir brauchen
ist also Arbeit und noch mehr Arbeit. Nur so
bekommen wir Lebensmittel und Rohstoffe, nur dann
ist an die Wiederaufnahme der deutschen Ausfuhr zu
denken. Aber dauernde Streiks und Versuche, die Aus-
fuhr der deutschen Schiffe zu verhindern, müßten uns
dem Hungertode entgegenführen.

Eine Landarbeits-Ordnung.

Der Rat der Volksbeauftragten (gez.
Ebert, gez. Scheidemann) und der Staatssekretär des
Reichsarbeitsamts (gez. Baur) geben be-
kannt: Die Verbände landwirtschaftli-
cher Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben mittels Ver-
einbarung, die durch die Bekanntmachung des Staats-
sekretärs des Reichsnährungsamts vom 22. November
1918 in Kraft gesetzt worden ist, den Reichs-
bauern- und Landarbeiterrat in Berlin
geschaffen. Die in ihm zusammengefaßten Verbände
haben unter dem 20. Dezember 1918 eine vorläufige
Landarbeitsordnung vereinbart, in der es u. a. heißt:

§ 2. In Betrieben der Land- und Forstwirtschaft
einschließlich ihrer Nebenbetriebe, für welche ein Tarif-
vertrag nicht besteht, sind Dienstverträge mit mehr als
halbjähriger Dauer schriftlich abzuschließen, sofern darin
Bezüge nichtbarer Art zugesichert sind.

§ 3. Die tägliche Höchstarbeitszeit be-
trägt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Mo-
naten durchschnittlich zehn und in weiteren vier Mo-
naten elf Stunden. Darüber hinaus geleistete Überstun-
den sind besonders zu vergüten.

§ 4. In die Arbeitszeit sind die Wege vom Hofe
zur Arbeit und von der Arbeit zum Hofe einzurechnen,
nicht dagegen die Arbeitspausen, sowie die Futterungs-
zeiten bei den Arbeitsgespannen.

§ 5. Während des Sommerhalbjahres sind täglich
mindestens zwei Stunden Ruhepausen zu ge-
währen.

§ 6. Der Bartlohn ist in der Regel wöchentlich zu
zahlen.

§ 7. In Jahresverträgen darf die Entlohnung auf
die verschiedenen Jahreszeiten nicht unangemessen ver-
teilt sein, so daß die Entlohnung in der Winterzeit in
auffälligem Mißverhältnis zu der auf sie entfallenden
Arbeitsleistung und zur Entlohnung für das ganze Jahr
steht.

§ 8. Als Vergütung für eine Überstunde soll
mindestens ein Zehntel des Ortslohns im Sinne der
Reichsversicherungsordnung mit 50 v. H. Zuschlag zu-
grunde gelegt werden.

§ 9. Fütterung und Pflege der Tiere, sowie
sonstige naturnotwendige Arbeiten sind solchen Arbei-
tern, welche diese Arbeiten nicht allgemein vertraglich
übernommen haben, als Überstunden zu vergüten. An-
dere dringliche Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sol-
len mit mindestens dem doppelten Ortslohn im Sinne
der Reichsversicherungsordnung vergütet werden.

§ 10. In Betrieben, in denen ein Arbeiterausschuß
besteht, ist nach dessen Anhörung eine Arbeitsordnung zu
erlassen und an sichtbarer Stelle auszuhängen. Sie
muss Bestimmungen enthalten über die Arbeitszeit, so-
wie über etwaige Strafen und über die Verwendung
der Strafgehalte, die nur zum Besten der Arbeiter des
Betriebs zulässig ist.

§ 11. Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu ver-
sorgen haben, sind so früh von der Arbeit zu entlas-
sen, daß sie eine Stunde vor der Hauptmahlzeit in ihrer
Häuslichkeit eintreffen. An den Tagen vor Belohnun-
gen, Eiern und Wursttagen sind sie von der Arbeit ent-
bunden. Arbeiterinnen, die ein arbeitsreiches Hauswesen
zu versorgen, insbesondere auch Gehilfen, die nicht zur
eigenen Familie gehören, zu beschäftigen haben, sind, ab-
gesehen in Notfällen, nur insoweit zur Arbeit zu ver-
pflichtet, als dies ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer
häuslichen Pflichten zulässig ist.

§ 12. Bei vorzeitiger Beendigung des Dienstver-
hältnisses sollen dem Dienstverpflichteten von dem ihm
vom Arbeitgeber gewährten Lohn die Anteile in einem
seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Anteil unter
Angrundelegung des Durchschnittsvertrages der Fläche
zustehen.

„Schamlose Weiber“.

Die Londoner „Morning Post“ vom 28. Ja-
nuar enthält einen Artikel von einem englischen Offi-
zier, der kürzlich mit der Verhandlungskommission
Norddeutschland besuchte. Zum Schluss macht er unter
der obigen Überschrift folgende Ausführungen:

„Das Gebahren, das deutsche Mädechen und
Frauen den alliierten und besonders den englischen
Gefangenen gegenüber beobachtet, seit der Waffen-
stillstand in Kraft trat, ist kein angenehmer Gegen-
stand schriftlicher Behandlung, und ich beschränke mich
daher auf eine einzige Beobachtung, die ein Sergeant-
Major über die Sache gemacht hat. Er erzählte mir
in humorvoller Weise über den „Promschelkater“,
die Papierfächer, den Erbsenbrei aller Art und
zahlreiche andere Essensmittel, und dann wurde er
durch eine Frage über die Bemerkung eines deutschen
Offiziers dazu geführt, über das Benehmen der Ham-
burger Mädechen seit dem Waffenstillstand zu sprechen.
Es ist zweifellos, sagte er, daß die Jugend beider
Geschlechter seit Ausbruch des Krieges immer scham-
loser in ihrer Moral wurde, aber erst seit wir durch
den Waffenstillstand so gut wie frei wurden, sind
auch die Gefangenen von diesen Zuständen berührt
worden. Ich denke nicht, daß sehr viele britische Ge-
fangene — sicherlich keiner von denen, die ich persön-
lich kenne — mit diesen jungen Dingen etwas zu
tun gehabt haben. Aber das ist nicht der Fehler
der Weiber, denn sie haben uns in unserm Lager
nicht viel weniger belästigt als auf der Straße. Es
ist hauptsächlich deswegen, weil wir jetzt ein wenig
Geld haben und manchmal auch etwas zum Essen,
das nicht „Erbsen“ ist. Ich glaube nicht sehr zu über-
treiben, wenn ich sage, daß 50 Prozent der Mädechen
der unteren Klassen in Hamburg herkömlich sind, sich für
ein Stück Seife oder ein fünfzigpfennig-Päckchen Dis-
tinkt zu verkaufen. Erfahrungsgemäß und Erfahrungsgemäß!“

So müßte es kommen. Wir haben in letzter Zeit
in der Großstadt mit eigenen Augen sehen müssen, was
die deutsche Weiblichkeit in diesen Zeiten des Jammers
dem Nationalstolz und der Frauenwürde angetan hat für
gut befindet. Unsere Frauen mögen aus dem Artikel
der „Morning Post“ erkennen, daß die Augen der Welt

auf sie gerichtet sind wie nie zuvor. Und können sich
daher heute mehr denn je das Wort: Des Volkes Würde
ist in eure Hand gegeben; bewahrt sie!

Die Zukunft des Luftverkehrs.

Flugpost Weimar—Berlin.

Der Vertreter der Reichspostbehörde teilte mit, daß
zwischen Weimar und Berlin ein „Luftpost“-
dienst eingerichtet wird, der von der deutschen Luft-
reederei geleitet werden soll. Es ist geplant, täglich
zwei Fahrten hin und zurück vorzunehmen zu lassen. Man
glaubt auch, daß die Beförderung von Briefen möglich
sein wird.

Deutscher Luftverkehr nach Friedensschluß.

Die Deutsche Luftreederei hat als erstes
deutsches Unternehmen die behördliche Genehmigung zur
Eröffnung des Luftverkehrs erhalten. Die Gesellschaft
wurde schon vor etwa einem Jahr von der AEG ge-
gründet. Sie arbeitet in Interessengemeinschaft mit der
Zeppelin-Gesellschaft unter Anleitung an die Verkehrs-
organisation der Hamburg-Amerika-Linie. Die Beför-
derung von Personen und Gütern erfolgt mittels Groß-
flugzeugen und Postflugzeugen. Für Berlin kommen die
Flugplätze Berlin-Deerstraße (Zeppelin-Flugplatz, Eino-
sen) und Berlin-Johannisthal in Frage. Für Personen-
und Postbeförderung stehen zunächst, wie die Flug-Zei-
schrift „Flug“ mitteilt, einmotorige C-Flugzeuge und
zweimotorige Großflugzeuge zur Verfügung. Die Flug-
zeuge sind mit geschlossenen Kabinen versehen und mit
bequemen Klappstühlen, Heizung, Beleuchtung und allen
möglichen Bequemlichkeiten ausgestattet. Die Bedienung
erfolgt durch ausgewählte zuverlässiges Personal. Luft-
reisen werden zunächst auf Bestellung ausgeführt. Die
Preisgestaltung der Preise erfolgt nach einem besonderen Tar-
if nach Luftkilometern in gerader Linie, jedoch zusätz-
lich der durch die Ueberfliegung vorgeschriebener Not-
landplätze entstehenden Wegeverlängerung. Der Fahr-
preis beträgt vorläufig im C-Flugzeug das Kilometer
3 Mark, und im Großflugzeug das Kilometer 8 Mark
für das ganze Flugzeug. Leichtes Handgepäck ist zu-
lässig. Für die praktische Leistungsfähigkeit des jungen
Unternehmens spricht ein am 23. November 1918 aus-
geführter Flug im Großflugzeug über die Ostsee
nach Elz (80 Kilometer von Jönköping) in Schweden.
Diese Strecke von über 600 Kilometer wurde bei
wenig bewegter Luft in 4 Stunden 10 Minuten zurück-
gelegt, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 150
Kilometer stündlich entspricht. Es ist zu erwarten, daß
das Unternehmen sich demnächst würdig dem interna-
tionalen Luftverkehr einreihen wird.

Merke! Nachrichten.

Spartakus.

Die „Rote Fahne“, die seit dem 16. Januar nicht
mehr herausgekommen war, erscheint seit Montag wie-
der. Das Blatt schließt weiter in den blutigen Re-
volutionskämpfen, die sich namentlich gegen Ebert, Noske
und Scheidemann richten. Es scheint, als ob die „Rote
Fahne“ eine neue Zäsur einleiten will. Denn sie macht
das Proletariat, nicht „in bewaffneter Aufstand“ den
Herrn der Revolution anzuheben; es gelte vielmehr
die revolutionäre Energie der Massen in Demonstrationen
zu zeigen und die Geister bereit zu machen für die kommende
Stunde. Vor allem sei überall auf Neuwahlen der Ar-
beiterräte zu dringen unter der Parole: „Raus mit
den Herrschern!“ In einer anderen Stelle fordert die „Rote
Fahne“ alle diejenigen auf, die Schandtat der Wei-
ßen Garde gesehen haben, sich zu melden. Sie wollen
der Vernichtung von Spartakus Vernichtung der Herr-
scher entgegenstellen.

Baldiger Friede mit Deutschland?

(b.) Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zu-
folge schreibt der Korrespondent des „Manchester Guar-
dian“, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Al-
liierten mit größerer Eile auf den Abschluß eines vorläufigen
Friedens mit Deutschland hinarbeiten und
bereit seien, viel weiter zu gehen, als bisher ange-
nommen wurde. Er verneht aus guter Quelle, daß
sehr geheißt werde, daß der vorläufige Friedensvertrag
innerhalb 6 Wochen unterzeichnet werden würde.

Uebergriffe der SED.

(b.) Der Arbeiter- und Soldaten-Rat des 11. Ar-
meekorps hat in Erfurt das Telegraphen- und
Fernsprechanstalt besetzen lassen. Das Amt ist sofort als
unwirksam erklärt worden und sollte nur noch nach den Weisungen
des Soldatenrats arbeiten. Insbesondere sollten alle
Telegramme, die mit der Regierung oder der National-
versammlung zusammenhängen, der Zensur und der Be-
schlagnahme verfallen sein. Die Beamten legten sofort
energischen Protest ein und weigerten sich, ihre Arbeit
weiter zu verrichten, wenn nicht das Telegraphen- und
Fernsprechanstalt freigegeben und jede Zensur unterblei-
ben würde. Wie es scheint, wird der Soldatenrat den
Forderungen der Beamten nachgeben. — In Erfurt
ist das Telegraphenamt ebenfalls in den Händen
des Arbeiter- und Soldatenrats und dort wird die Zensur
über den gesamten Telegraphenverkehr mit Weimar
so scharf ausgeübt, daß überhaupt kein Telegramm, das
mit der Regierung oder mit der Nationalversammlung
irgendwie zusammenhängt, durchkommt.

Unsere U-Boote.

Die Uebergabe der deutschen U-Boote an die bri-
tische Marine geht nach einer drablos englischen Mel-
dung in Gemäßheit mit den Waffenstillstandsbedingun-
gen voran. 37 U-Boote sind bereits nach technischen Un-
tersuchungen zur Verteilung unter die alliierten Mächte
gelangt. Diese Boote sind bereits nach verschiedenen
alliierten Häfen abgegeben, wo sie seitens der Schiffs-
bauer einem sorgfältigen Studium ihrer Maschinerie und
inneren Ausattung unterworfen werden. Ueber das
schließliche Schicksal aller U-Boote wird die Fried-
enskonferenz entscheiden. Die Ansicht der Marinefach-
verständigen geht dahin, daß ihre Konstruktion eine
äußerst gute ist, speziell was gewisse technische Details
betrifft.

Die Zollgrenze.

Wie eine amtliche französische Mitteilung bekannt
gibt, ist die Zollgrenze zwischen Frankreich und Deutsch-
land auf die Grenze von 1870 verlegt worden. Vom
1. Februar an tritt der französische Zolltarif an die-
ser Grenze in Kraft. Die deutschen Zollbeamten, die
noch im Dienste sind, sollen so bald wie möglich er-
setzt werden. Nach einem Abkommen mit der Schweiz

wird die klassische Grenze für den Verkehr mit der Schweiz von jetzt an gestrichen. Der Handelsverkehr mit Deutschland bleibt verboten, soweit nicht besondere Ausnahmen zugelassen sind.

Teilweise Enteignung des Großgrundbesitzes.

Halle, 4. Febr. Die der Direktor der hiesigen Landwirtschaftskammer, Landeskonomierat Rabe mittelst, steht die Verstaatlichung eines Gutsbesitzes bevor, wonach die Verstaatlichung eines Gutsbesitzes 10 Prozent seiner Fläche abtreten muß. der Großgrundbesitz 1. die Güter, die von Kriegs-herren werden eingezogen sind, 2. die in den letzten 20 Jahren den Besitz mehrfach gewechselt haben, 3. die schlecht bewirtschafteten, 4. deren Besitzer nicht selbst wirtschaften, 5. die aus Bauerntümern zusammengekauften.

Weniger Lebensmittel für Arbeitslose.

In den nächsten Tagen wird eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten erscheinen, durch die die Verteilung der Lebensmittelrationen für wilde Arbeiter und Arbeiterinnen angeordnet wird, die sich weigern, eine ihnen nachgewiesene Beschäftigung anzunehmen. Die Verteilung wird mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft treten und in den Ausführungsbestimmungen im einzelnen festlegen, bis zu welchem Grade die Lebensmittelkarten in jedem Falle gekürzt werden.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Bern, 2. Febr. In der „Sentinelle“ weiß der bekannte Menschenfreund Charles Bernand erneut die Absicht Frankreichs zurück, die deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zuzubehalten. Er hofft, daß Frankreich sich zur Freilassung der Kriegsgefangenen desto eher verstehen werde, als nach seinen, Bernands, Erfahrungen Deutschland sich bereit erklärt hat, einen Stamm ausgedienter Arbeiter zum Wiederaufbau der Gebiete nach Frankreich zu entsenden.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Arbeiter Deutschlands!

Küdesheim a. Rh., 6. Febr. Die unterzeichneten Lehrer der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen sehen in Euch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft unseres unglücklichen Vaterlandes. Mit allem, was sie gelernt haben, werden sie freudig daran mitarbeiten, daß Deutschland in der Ausgestaltung der Grundsätze der Freiheit und Gleichheit, als soziale Republik vorbildlich hervortrete unter allen Staaten. Aber dieses große Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Zunächst muß der vielverzweigte Apparat unseres Wirtschaftslebens für die friedliche Produktion wieder hergerichtet werden. Das ist bei einer Arbeiterschaft von Millionen an sich eine unendlich schwierige Aufgabe und sie ist durch die überhörschte Demobilisierung und die Fortdauer der Blockade fast bis zur Unlösbarkeit weiter erschwert worden. Darum heißt in Eurem eigenen Interesse die Vorbedingung für alles weitere zu schaffen! Folgt Euren Gewerkschaften und Gewerksvereinen, die mit der deutschen Friedensproduktion so gut vertraut waren und daher wissen, worauf es in dieser furchtbaren Not ankommt. Gelingt es nicht, die heutige Unordnung schnell zu überwinden und das deutsche Wirtschaftsleben bald wieder in vollen Gang zu bringen, dann müßt Ihr alle Eure Hoffnungen begraben. Dann kommt für lange Zeit ein namenloses Elend über unser ganzes Volk und ganz besonders über Euch und Eure Kinder. Euch muß die Arbeit wieder in Gang sein, erst dann kann sie neu geregelt werden. Seht, daß Ihr den großen Aufgaben der Revolution gewachsen seid. Rechtfertigt das Vertrauen, das gerade wir in Eure Einsicht und Besonnenheit, Eure Bildung und Selbstbeherrschung setzen. Stellt mit Hilfe Eurer bewährten Gewerkschaften und Gewerksvereine Ordnung wieder her, ohne die keine Freiheit und ohne die kein Fortschritt denkbar ist. Dann werdet Ihr etwas Großes schaffen, das als Vorbild vor der Menschheit stehen wird. Sonst gibt es einen Zusammenbruch, vor dessen schreckender Furchtbarkeit Ihr Euch kaum ein Bild machen könnt. „Nur Ihr könnt helfen!“

Helft schnell! Helft alle!

gez. 58 Professoren

der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen.

Englische Kriegsschiffe auf dem Rhein.

Ostfriesland, 5. Febr. Drei Kanonenboote, welche die englische Flotte tragen, fahren gestern mittag 1/2 Uhr hier durch. Das ist der erste Fall, daß man die englische Flotte auf dem Rhein sieht.

Vom Winter.

Ostfriesland, 5. Febr. Nachdem wir seither glücklicherweise von einem strengen Winter bei der herrschenden Kohlennot verschont geblieben, hatte ein scharfer Nord- und Nordostwind in den letzten Tagen schon Frostwetter gebracht, dem sich starker Schneefall zugesellte. Die Verges- höhen, wie auch die Acker und Wiesen im Tal sind im das winterliche Gewand gehüllt. Besonders auch für unsere Weinberge ist die schädliche Schneedecke, die zugleich die nötige „Winterfeuchtigkeit“ für den Boden bringt, willkommen. Hoffentlich kommt nicht noch, wenn die Tage beginnen zu langen, erst recht der Winter gegangen, wie die alte Bauernregel sagt. Bei der herrschenden Kohlennot wäre dies besonders schlimm.

Warnung für die Schiffer.

Ostfriesland, 5. Febr. Die Schifffahrt auf dem Rhein hat bekanntlich während der Nacht, d. h. in der Zeit von einer Stunde nach Sonnenuntergang und eine Stunde vor Sonnen- aufgang, zu ruhen. Die Kontrolle wird streng gehandhabt. Zur Warnung sei mitgeteilt, daß die Scheinwerferstationen den Befehl haben, auf jedes während der Nacht auf dem Rhein bemerkte Fahrzeug zu schießen.

Aufnahmepflicht.

Elbville, 6. Febr. Die Aufnahmepflicht für die hiesige Seminarpräparandenanstalt findet am 27. März statt. Anmeldungen sollte man bis 1. März dem Seminar einreichen, von dem auf Wunsch ausführliche gedruckte Aus- kunft abgefordert wird.

Erhöhte Schiffsfrachten.

Elbville, 6. Febr. Vom 1. Febr. dieses Js. ab erhöhen sich die Schiffsfrachten auf dem Rheine um Mk. 2.— pro 100 kg infolge der hohen Löhne und der gestiegenen Ausgaben.

Warnung.

Seisenheim, 6. Febr. Zur Warnung sei mit- geteilt, daß das Tragen von Militärwaffen mit mili- tärähnlichen Abzeichen verboten ist. So wurde der 12jährige Sohn eines hiesigen Gutmachers mit einer solchen Waffe von den französischen Truppen angetroffen und zur Anzeige gebracht. Der Vater mußte nunmehr hierfür eine Strafe von 10 Mk. bezahlen.

Schwarzschlachtung.

Dogheim, 6. Febr. In der Nacht von Sonn- tag auf Montag wurde in das Gehöft von Gg. Hein in der Wilhelmstraße ein äußerst verwegener Einbruchdiebstahl ausgeführt. Ein Hofhund wurde das hohe Tor über- klettert, durch die Scheune in den Stall eingedrungen und daraus eine Kuh fortgeführt. Spuren führten nach einem bei Kloster Klarental gelegenen Waldplatz, wo es unserer Polizei gelang, zwei Leute von hier bei der Verteilung der inzwischen geschlachteten Kuh zu überraschen. Der eine davon will mit dem Diebstahl selbst nichts zu tun haben und von dem andern nur zur Verteilung der Beute mit- genommen worden sein. Der Haupttäter, ein unverheirateter 32jähriger Mann, ist noch in Haft. Der Dieb im Walde, wo die Kuh abgeschlachtet, scheint für solche Schwarz- schlachtungen bereits vorher benutzt worden zu sein, denn es wurden darauf 2 vergrabene Schafelle vorgefunden.

Die Ruhe der Postbeamten.

Der Rückgang des Wirtschaftslebens spiegelt sich am besten, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, im sinkenden Postverkehr wider. An allen hiesigen Post- ämtern geht die Zahl der eingelieferten Pakete, Wertsen- dungen, Briefe usw. langsam zurück. In absteigender Kurve bewegt sich auch die Zahl der eingehenden Postsendungen. Dazu kommt, daß sich die Schwierigkeiten des Postverkehrs infolge der ständig wachsenden Beförderungsschwierigkeiten auf der Eisenbahn immer mehr häufen. Vom Frankfurter Hauptbahnhof lagern gegenwärtig nur noch täglich 64 Personenzüge aus gegen rund 800 in Friedenszeiten, also eine Minderung um 92 Proz. Die goldenen Ueber- schußzeiten unserer Post sind dahin.

Zur Warnung.

Kreuznach, 4. Febr. Der Kaufmann Karl Pahl von hier wurde in eine Geldstrafe von 100 Mark verurteilt, weil er nach dem nichtbelegten Deutschland einen Privatbrief mit dem Bemerkt „Geschäftsbrief“ zu befördern versuchte und sich dabei eines gefälschten Umschlages bediente. — Elisabeth Schramm aus Koblenz wurde zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt, weil sie versetzt hat, sich einer verbotenen Vermittlung und eines gefälschten Umschlages zu bedienen, um einen Privatbrief nach dem nichtbelegten Deutschland zu schicken.

Früher lebte man billiger.

Es wundert einem wie ein Mädchen an, wenn man liest, was früher die Eier kosteten. Es geht aus alten nassauischen Domänenakten hervor, daß für 100 Eier in Altkirchen (Unterhahn) 15 Kreuzer, in Rödorf 50 Kreuzer gezahlt wurden. Das wären also 1/2 Pfennig das Stück. Und das war im Jahr 1817, also kurz nach der schweren Kriegszeit, die unser Vaterland durchgemacht hatte.

Ohne Bezugsschein.

Eine abermalige Erweiterung der Freiliste ist von der Reichsbahnverwaltung beschlossen worden. Vom 2. Februar an dürfen ohne Bezugsschein verkauft werden Stoffe aus Wolle, Halbwole und Kunstwolle, die bis ein- schließlich 120 Zentimeter breit liegen, Wollstoffe und Bläse in jeder Breite, Kleider, Mäntel, Röcke, Umhänge, Morgen- röcke, Jacken und Hosen aus Wolle, Halbwole oder Kunst- wolle für Frauen und Mädchen.

Schülerrat.

Hochheim a. Rh., 1. Febr. Die hiesige Gemeinde war eine der ersten in hiesiger Gegend, die das zweifelhafte Glück hatte, in ihrer Volksschule einen Schülerrat zu besitzen. Als bald nach dem Bekanntwerden dieser neuen Errungenschaft auf dem Gebiet des Schulwesens wurde hier ein solcher Schülerrat für die Oberklassen der Volksschule und ein zweiter für die Fortbildungsschule ins Leben gerufen. Diese Neuerung, die selbst von den höheren Schulen als nicht im Interesse der Schule und der Erziehung gelegen, abgelehnt wurde, erregte in der ganzen Umgebung ein be- geistertes Kopfschütteln. Wir sind der Ansicht, daß es gerade jetzt mehr denn je nottut, der vielfach sehr hart verwahrlosten Jugend wieder Sinn für Pflicht und Unter- ordnung beizubringen.

Französisches Eigentum.

Bodenheim a. Rh., 1. Febr. Schwer muß der hiesige Bäcker David Hubel es haben, daß er zur Zeit, da er noch auf dem westlichen Kriegsschauplatz als Land- sturmman stand, von einem deutschen Soldaten Gegenstände kaufte, die dieser in der Gegend von Reims gestohlen hatte. Die gestohlenen Gegenstände sind jetzt bei Hubel entdeckt worden und es erfolgte Anzeige gegen diesen wegen Hehlerei. Durch Urteil des Kriegsgerichts der 2. D. C. B. wurde der verheiratete Mann und Vater mehrerer Kinder mit 5 Jahren Gefängnis und 500 Frs. Geld- strafe bestraft.

Trauerfeier mit Tanzvergnügen.

Berlin, 4. Febr. Am 26. Januar keilten die Anhänger der Spartakisten und Unabhängigen auf Beche Teutoburgia in Holzhausen die Arbeit ein und demonstrierten als Trauerkundgebung für Liebknecht und Rosa Luxemburg. Anschließend daran veranstaltete man dann einen Festabend, wo die trauernden Spartakisten bis zum frühen Morgen kräftig das Tanzbein schwenkten.

Von der Eisenbahn. Nach Erklärung des Eisen- bahndienstes wird ab 1. April 1919 eine Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Beamten erfolgen. Der Beamtenbeirat wird, wie aus Berlin gemeldet wird, in Verbindung mit den Vertretern des Ministers das Material und Anträge zusammenstellen bzw. prüfen, um dasselbe als Grundlage zu benutzen. Eine Bespre- chung hat bereits stattgefunden.

— Verschlagnahme der Setze aufgehoben. Seit dem 22. Januar 1919 gilt, nach einer Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung, die Beschlagnahme vom 31. Januar 1917 betreffend Ver- schlagnahme und Beschlagnahme von rohen Seiden und Seidenabfällen aller Art als außer Kraft gesetzt.

— Das Reisezeugnis für Kriegsteilnehmer. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat auf die Anfrage eines Studentens noch der Verfügung, wodurch den Kriegsteilnehmern, die bis Ostern 1918 die regelrechte Vernehmung nach Un- terprima erlangt haben und bis zum Schluß des Krieges im Heeresdienst standen bzw. als Kriegsbe- schädigte entlassen wurden, das Reisezeugnis ohne Ab- legung einer Prüfung ausgestellt werden soll, fol- gendes geantwortet: Der Erlaß bezüglich der Zer- teilung des Reisezeugnisses ohne Prüfung findet noch keine Anwendung, da die Bundesstaaten noch nicht zu- gestimmt haben. Eine endgültige Entscheidung in die- ser Angelegenheit, die durch die Antwort des Kultus- ministeriums keineswegs geklärt ist, ist dringend zu wünschen, damit die betreffenden jungen Leute endlich wissen, woran sie sind und danach ihr Studium ein- richten können.

— Gegen unerlaubte Schlachtungen. Die gehei- men und verbotenen Schlachtungen nehmen in der letz- ten Zeit derart zu, daß nicht nur die Fleischversorgung, sondern auch die Milch- und Fettversorgung der Bevöl- kerung in außerordentlicher Weise gefährdet wird. Es wird deshalb dringend davor gewarnt, unerlaubte Schlach- tungen vorzunehmen oder zu begünstigen, namentlich durch den Verkauf von Vieh. Die Vorschriften über die Stationierung des Fleisches, sowie des Verbot jeder nicht genehmigten gewerblichen oder Hauschlachtung ist nach wie vor in Kraft. Gegen die Urheber verbotener Schlachtungen wird künftig streng vorgegangen werden. Insbesondere haben Gewerbebetriebe, die sich Verträge gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Vieh oder Fleisch zuschulden kommen lassen, Schließung zu ac- quiescieren.

— Falsche Fünzigmarkscheine sind, wie wieder- holt hervorgehoben sei, in größerer Zahl im Umlauf, als vielfach vielleicht angenommen wird. Die Nach- ahmung ist aber derart fehlerhaft, daß die unrichtigen Scheine bei einiger Aufmerksamkeit leicht von den echten unterschieden werden können. In dem Ausdruck der Vorderseite der falschen Noten heißt es nämlich „Fünzig Mark“ statt der Reichshauptkasse Berlin usw., während der Wortlaut auf den echten Noten noch das Wort „in“ (Reichshauptkasse in Berlin) enthält.

— Politik und Moral. Verbirgt Politik denn wirklich den Charakter, wie so viele sagen, — fragte mich kürzlich ein junger Beamter. Ich kann und will es nicht glauben, da doch so viele hochgeachtete Denker wie Plato die hingebungsvolle Arbeit am Staate und für den Staat als vornehmsten Beruf des freien Mannes preisen und gerade die Philosophen zu allen Zeiten die trefflichsten Staatsmänner geliefert haben. Leider ist an dem vielzitierten Ausspruch etwas Wahres, — er- weichte ich. Die Versuchung zu rechts- und linksdrin- ger Handlungsweise ist für den Politiker größer, als für jeden andern. Was ist denn Politik? Eine auf Gewinnung von Macht und Einfluß, und mit Hilfe derselben auf Abänderung der bestehenden Rechtszustände abzielende Betätigung. Einfluß und Macht über die Menschen gewinnt am leichtesten, wer ihre Fehler und Schwächen ausnützt und für seine Zwecke ausnützt, wer von sich und für sich Respekt macht und den allzu leichtgläubigen Unverständigen goldene Berge verspricht, die er niemals hervorzaubern kann, wer das Miß- trauen und die Unzufriedenheit weckt und schürt, und sich zu lauten Sprücheln der von ihm aufgereizten öffentlichen Meinung macht. Kritiker ist allemal leicht- er und dankbarer, als besser machen, verkommen be- quemer, als sachlich widerlegen. Eagen haben aller- dings kurze Beine; aber das Volksgedächtnis ist noch länger und durch klünge Wiederholung lassen sie sich leicht einprägen.

— Rückgang der Eisenbahn-Einnahmen. Die Monatsausweise der Eisenbahnverwaltung verdienen jetzt die größte Aufmerksamkeit, spiegeln sie doch die Wirkung der Umwälzung in Zahlen wider. Die Ein- nahmen betrugen im November 1918 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres aus dem Personen- verkehr 10 485 000 Mark, das sind 14,88 Prozent. Bei dem Güterverkehr wurden gegenüber dem Novem- ber 1917 40 250 000 Mark gleich 24,61 Prozent we- niger als im Vorjahr verzeichnet trotz der am 1. April 1918 eingeführten Tarifserhöhung um 15 Pro- zent. Als Gesamtbild ergibt sich demnach eine Mi- n- dererinnahme aus dem Verkehr überhaupt um 30 465 000 Mark gleich 12,86 Prozent. Aus sonstigen Quellen ergab sich eine kleine Mehreinnahme, so daß das Gesamtbild des November 1918 um 27 890 000 Mark gleich 10,49 Prozent schlechter ist als das des November 1917. Aus diesen Zahlen läßt sich ein dü- niger Schluß auf die Wirkungen der Revolution für den Eisenbahnverkehr noch nicht ziehen, da mit diesem Monatsausweis erst 20 Tage der Umwälzung erfaßt sind.

— Keine allgemeine Freigabe der Garne. Durch die Preise geht die Nachricht, daß die Verteilung der Garne künftig dem freien Handel überlassen werden solle. Diese Nachricht beruht auf einem Mißverständ- nis. Sie bezieht sich lediglich auf Nähgarne. Für alle übrigen Garne verbleibt es bei der bisherigen Art der Bewirtschaftung durch die Kriegsbewirtschaftungen.

— Verpflegung der Eisenbahner. Laut Mit- teilung des Präsidenten der interalliierten Kommission ist die regelmäßige Verpflegung des Eisenbahnpersonals im besetzten Gebiet mit Lebensmittelzulagen durch die Al- liierten in die Wege geleitet und wird dieselbe in ab- sehbare Zeit einsetzen.

— Postsendungen an Militärpersonen. Vom 1. Februar 1919 an, dem Tage des Austritts der Reichspost, genießen die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nur noch in folgendem Um- fange Postvergünstigungen für den Verkehr in der Reich und Glied stehenden Personen des Landheeres und der Marine bis zum Feldwebel, Wachmeister oder Oberbediensteter einschließlich aufwärts, 2. an die in denselben Rang- und Besoldungsverhältnissen stehenden nichtstehenden Glieder der Truppenkörper, 3. an die Leutnants, die zwar den Leutnantscharakter erhalten ha- ben, aber nicht in den mit dieser Stellung verbundenen Militärbezügen stehen, 4. an die Gendarmen in den Staaten, in denen sie zu den Militärpersonen gerechnet werden, gewöhnliche Briefe bis zu 60 Gr. und Post-

tarieren portofrei. Postanweisungen bis zu 15 Mk. einschließlich gegen 10 Pfg. Porto und gewöhnliche Pakete bis zu 3 Kgr. auf alle Entfernungen gegen 20 Pfennig Porto. Zu den unter 1. bezeichneten Personen des Soldatenstandes gehören auch: die Fahnenjunker, Fähnriche, Kriegsführer, Seefahrten und Fähnriche zur See, die Invaliden in den Invalidenhäusern, die Schiffsjungen der Marine, die durch Vertrag anstellten Schiffsjunge, Schiffssteuermann und Schiffsbarbiere für die im Dienst befindlichen Schiffe der Marine. Alle anderen Sendungen an diese Militärpersonen, sowie alle von ihnen ausgehenden Sendungen sind nach den gewöhnlichen Tarifen portofrei. Die Portovergütungen erstrecken sich ferner nicht auf beurlaubte Militärpersonen und Einjährig-Freiwillige, sowie auf Sendungen, die rein gewerbliche Angelegenheiten des Empfängers betreffen oder in ausschließlich gewerblichen Angelegenheiten des Absenders an eine Militärperson gerichtet oder nach dem Orts- oder Landesbezirk des Aufgabepostortes bestimmt sind. Alle Sendungen, die zu den bezeichneten Vergütungen befördert werden sollen, müssen in der Adresse den Vermerk: Soldatenbrief. Eigene Angelegenheit des Empfängers tragen. Bei Postanweisungen und Paketen muß dieser Vermerk in dem für die Aufschrift bestimmten Raume, bei Paketen auch in der Paketaufschrift angebracht werden. Der Bestimmungsort muß stets angegeben werden.

Kleine Meldungen.

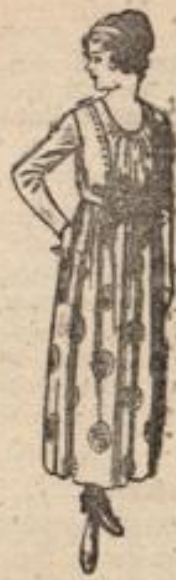
Die Hohenzollern als Wähler. Die „Eichhagen Telegraph Company“ meldet: Alle Mitglieder der Hohenzollernfamilie, sowohl männlich wie weiblich, die augenblicklich in Potsdam wohnen, haben gewählt. Nach den Personalien befragt, nannten sie sich — von Hohenzollern Prinz von Preußen, mit Ausnahme von August Wilhelm, dem vierten Sohne des Kaisers, der sich August Hohenzollern, Er-Prinz von Preußen genannt hat. Die Kronprinzessin befand sich unter den ersten Wählern.

Wegen Kohlenmangels. Der Breslauer „Morgenzeitung“ zufolge stellten die Vereinigten Königs- und Laurahütten-A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb den Betrieb ihres Kohlenwalzwerkes wegen Kohlenmangels ein. Die Reichsstaatswerke in Chorzow haben ebenfalls den Betrieb größtenteils stillgelegt.

Weinzeitung.

+ Aus Rheinhessen, 5. Febr. Das Weingeschäft ist auch weiter lebhaft. Erhöht wurden in letzter Zeit für das Stück 19 Liter in Enenheim 3000—3500 Mk., Alzey 3200 Mk. und 3500 Mk., Schwabenheim 3400 Mk., Gau-Bickelheim 3500 Mk., Sulzheim 3000 Mk.

Ein Wort über deutsche Frauenkleidung.



Mr. 6000.
Abendkleid für
junge Damen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

Das reizende Jungmädchenkleid bestand an unserer Vorlage aus einem kurzen Jäckchen von sandfarbenen Seidenripps und einem gleichfarbigen Seidenrock, der mit großen kirchroten Mustern bedruckt war. Der mächtigste Rock ist in Reithalten ziemlich hoch einen Futterleichen angelegt, dessen vordere Mitte von einem gezogenen Längsband aus weitem Samt bekleidet wird. Der Hals bleibt in kleinem Ausschnitt frei. Das Jäckchen wird durch einen kirchroten Bandgürtel zusammengehalten, der durch Einschnitte geleitet, vorn in einer Schleife endet. Schnitt vorwiegend in 40, 44, 48, 48 cm halber Oberweite zu 1,60 M. durch die Modenzentrale Dresden-N. 8 zu beziehen.

Pfähle.

große Auswahl tannene, geriffene, tieferne, Gold-Färche, Pirmessia, gefägte und runde kyanisierte, Weinbergstübel, kyanisiert und imprägniert, in Längen 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl in Baumstüben imprägniert und kyanisiert in allen Längen und Dicken.

Verkauf ab Lager gegen Kassa, Versand gegen Nachnahme.

E. Dillmann, vorm. Gregor Dillmann
Geisenheim a. Rh.

Holzschuhe.

Suchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form in den gangbaren Männer- und Frauengrößen, 120 Mk. pro Paar. Höchstverkaufspreis 75 Mk. pro Paar. Weiterführung (große Schuhfabrik), fortgesetzt in den gangbaren Größen Herren- und Frauenschuhen, zu 75.— Mk. franco nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückerstattung des Betrags.

Um genaue Adresse und für Schuhfabrikungen Angabe der Unterstation wird gebeten.

Garantie für gute Zukunft. Versand gekkattet.
Holzschuh-Fabrik Nimbach
(Alteimpfalz).

Ein neuer Transport schwerer und mittelschlag.



ist heute eingetroffen.

Karl Kahn, Schierstein a. Rh.

Gasthaus zum grünen Baum, Oestrich.

Prima Glasbier

der Brauerei Henninger

Weine

in Glas und Flaschen.

Frau Karl Meisenheimer Ww.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoalben, Gruppenbilder, Helmaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild, Grosses Lager in Broschen und Anhängern. Aufnahmen dann gratis.

12 Postkarten v. Mk. 2,50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1,50.

Reisepassbilder in sofort. Ausführung.

Entnahme bei jed. Willigung, bis abends 8 Uhr. Sonntags v. vorn. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet.

Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

Flaschen- Seidenpapiere

in reichhaltigster Auswahl
empfiehlt in hervorragenden Qualitäten
billigst

ADAM ETIENNE,
OESTRICH A. RH.

Buch- und Steindruckerei

Fernsprecher Nr. 5.



Es ruht Ihr nun in fremder Erde,
Beweint von Euren Jugendfreunden,
Ihr leht! Geleitet konnt' Euch nicht werden,
Ruht sanft auch bei den Feinden
Mög' die Erde leicht Euch werden.

Nachruf.

Der schreckliche Krieg hat aus der Reihe unserer
Mitschüler und Altersgenossen 5 schwere Opfer ge-
fordert. Unsere lieben unvergesslichen Freunde und
Schulkameraden

**Wilhelm Reibert,
Albert Kehler,
Jakob Freimuth,
Jakob Seimberger,
Wendlin Rienz,**

gaben ihr hoffnungsvolles blühendes Leben im
Alter von 21 und 22 Jahren nach treuer Pflicht-
erfüllung fürs Vaterland dahin.

Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken
bewahren.

Die Altersgenossinnen und Kameraden des Jahrgangs 1896
Winkel.

Achtung! Achtung!

Die Schuhnot für Winkel und Umgebung

für längere Zeit beseitigt.

Anfang nächster Woche treffen große Mengen

Lederstiefel

für

Herren, Damen und Kinder

ein. Verkauf gegen Bezugsschein.

Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

Kaufhaus Ph. Dorn,
Winkel a. Rh.,
Hauptstraße 30.

Schuhe.

Hauschuhe, ohne Bezugsschein, dauerhafte Verarbeitung,
mit echter Ledersohle, pro Paar 7,20 Mk., freie Fußendung.
Lieferung nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei
Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und
Rückzahlung des Betrags. Um genaue Angabe der Adresse
und Schuhnummer wird gebeten.

Garantie für gute Zukunft. Versand gekkattet.

Schuhwaren-Fabrik Nimbach

(Alteimpfalz).

Institut für vornehme

Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden

Grabenstrasse 21. — Telephon 3973.

Claud. Schmitt.

Bildhauer,

Geisenheim am Rhein

empfiehlt sich in

Anfertigung von Grabdenkmälern,

Figuren, Büsten,

Reliefs, Grabeinfassungen usw.

Moderne Grabdenkmäler nach eigenen Entwürfen.

Bediegene saubere Ausführung, billige Preise.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger

Mol.-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Die
reichhaltigste,
interessanteste und
gediegenste

**Zeitschrift für jeden
Kleiner-Züchter**

ist und bleibt die
vornehmste Musterte

Tier-Börse

BERLIN SO. 16

Chausseestraße 71.

In der Tier-Börse finden
alle altes Wissenswerte über
Geflügel, Hunde, Zimmer-
vögel, Kanarienvögel, Ziegen,
Schafe, Bienen, Aquarien
usw. usw.

Abonnementspreis:
Bel der Post bestellt
pro Quartal 1, Selbstabholer

nur 1,10 Mk.,
frei ins Haus nur 1,22 Mk.

Erstklassig. Insertionsorg.

Insertate

zu Originalpre-
isen, bedürft. die Ex-
ped. d. Zeitung.

Verlangen Sie Probennummer, Sie
erhalten dieselbe gratis u. franko.

Imprägnierte u. kyanisierte Weinbergspfähle.

runde und gefägte

Stücker,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang,

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang,

empfiehlt

Gg. Jos. Friedrich,

Destrach i. Rhg.

— Telephon 70. —

Zitherunterricht

erteilt gründlichst

Paul Berg,

Winkel, Hauptstraße 29.

Derselbe kann auch ge-
brauchte Konzert-Zithern.

Mädchen

Gesucht: 3. März für herrschaft-
lichen Hausstand.

Näheres bei

Frau Jos. Fieschner,

Eltville, Gutenbergstr. 9.

Militärstiefel

werden für Kinderschuhe um-
gearbeitet.

Eltville, Schmittstraße 3.

Ein Kasten-Ofen

billig zu verkaufen.

Destrach, Brandplatz Nr. 15.

Im Bügeln

im Hause empfiehlt sich

Frau Johann Erb,

Winkel a. Rh., Bachweg 29.

Gesang- Unterricht

erteilt

Else Neesen,

Konzert- und Oratorien-
Sängerin

Eltville, Adelheidstr. 4.

Telef. 148. Sprechst. 11¹/₂ — 12¹/₂.

Kapitalien

in jeder Höhe auf gute Hypo-
theken auszuliehen. Anfragen

mit Grundbuchauszügen nebst

Faxe an

Joh. Daniel in Geisenheim-

Bermittler verboten.